

Schatztruhe Tiefsee 11.08.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung weitet ihre Aktivitäten im Tiefsee-Bergbau aus und strebt den Zugriff auf Rohstoffe im Indischen Ozean an. Im Mai unterzeichnete sie ein Abkommen zur Erkundung eines Areals im Indischen Ozean, in dem Sulfite entdeckt wurden. Im zweiten deutschen Lizenzgebiet, das im Pazifik liegt, laufen derzeit schon Vorbereitungen für einen Abbau-Test. Berlin will so die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen sicherstellen und der einheimischen Meerestechnologie-Industrie neue Marktchancen eröffnen. Tatsächlich hat die Branche inzwischen einige Großaufträge erhalten. Umweltschützer warnen unterdessen vor den ökologischen Folgen der Förderung von Zink, Kupfer, Blei und anderen Substanzen aus dem Meeresgrund. Darüber hinaus schließen Experten internationale Konflikte um die Tiefsee-Rohstoffe nicht aus.

Im Indischen Ozean

Die Bundesregierung verstärkt ihre Anstrengungen, Zugriff auf Rohstoffe in der Tiefsee zu erlangen. Zuletzt haben Vertreter der "Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe" (BGR) im Mai 2015 ein Lizenz-Abkommen mit der "Internationalen Meeresboden-Behörde" (IMB) unterzeichnet, das die genauere Erforschung eines 10.000 Quadratkilometer großen Gebiets im Indischen Ozean erlaubt. BGR-Wissenschaftler hatten in dem 1.000 Kilometer südöstlich von Madagaskar gelegenen Areal zuvor Sulfid-Lagerstätten geortet. Diese bergen unter anderem Zink, Kupfer, Blei, Gold, Silber, Tellur, Selen, Indium und Germanium. "Als Industrie-Standort und Hochtechnologie-Land ist Deutschland in besonderem Maße vom Import von Rohstoffen abhängig. Dabei steht Deutschland in Konkurrenz zu anderen Staaten. Wir sollten die Option 'Tiefsee-Bergbau' daher schon aus strategischen Gründen verfolgen", erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig (SPD) bei der Paraphierung des Vertrags in Berlin.[1] Sein Ministerium betont überdies die Marktchancen für die deutschen Anbieter von Meeres-Technologie. Bei der BGR herrscht bereits Goldgräberstimmung. "Es geht um Billionen von Dollar", sagt Christian Reichert, der BGR-Bereichsleiter für "marine Rohstoff-Forschung".[2]

Ein Bundesland im Pazifik

Im Pazifischen Ozean zwischen Mexiko und Hawaii erkundet die BGR schon seit 2006 den sogenannten Manganknollen-Gürtel, in dem die Bundesrepublik sich ein Lizenzgebiet für einen etwaigen Rohstoffabbau gesichert hat. Die dort zu findenden Mangan-Ablagerungen enthalten Kupfer, Nickel und Kobalt. Dabei stoßen die Geologen auf immer neue Vorkommen. Allein in einer 2014 entdeckten Zone finden sich nach Angaben der Bundesanstalt "eine Million Tonnen Wertmetalle"; daneben existieren sechs weitere "ähnlich große und interessante Gebiete".[3] Die Wirtschaftlichkeitsgrenze, die der Bundesregierung zufolge bei einer Fördermenge von rund zwei Millionen Tonnen Manganknollen pro Jahr liegt, überschreiten die Rohstoff-Reservoir im 75.000 Quadratkilometer umfassenden deutschen Lizenzgebiet damit klar. Entsprechend laufen schon Vorbereitungen für einen Abbau-Test in dem Areal, das in der Presse bereits als das "17. Bundesland" Deutschlands bezeichnet worden ist.[4]

Blue Atlantis

Zusätzliche Aktivitäten erfolgen auf europäischer Ebene. So haben bundesdeutsche Unternehmen mit "Blue Atlantis" ein Projekt angestoßen, das innovative Technologien zum Abbau von marinen mineralischen Rohstoffen entwickeln und im Atlantik vor Portugal testen soll. Ein Förderantrag für das Vorhaben, an dem sich 46 Partner aus neun Ländern beteiligen wollen, liegt in Brüssel schon vor; eine Ablehnung steht kaum zu erwarten. Darüber hinaus finden Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit französischen Firmen sowie mit einem von osteuropäischen Ländern gebildeten Konsortium statt, das wie die Bundesrepublik über eine Explorationslizenz für ein Manganknollen-Gebiet in der pazifischen Clarion-Clipperton-Zone verfügt.

"Unsere Interessen"

Den Rechtsrahmen für die Gewährung solcher Lizenzen und für andere Fragen des Tiefsee-Bergbaus legt das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen fest. Bevor es 1994 in Kraft trat, hatte es um seine konkrete Ausgestaltung jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gegeben. Die ärmeren Staaten plädierten dafür, eine zentrale Meeresboden-Behörde zu schaffen und diese mit umfassenden Kompetenzen auszustatten. Die Einrichtung sollte die Vorkommen erforschen, abbauen und die Erträge gerecht unter all ihren Vertragspartnern aufteilen. Die reicheren Staaten sträubten sich jedoch dagegen - letztlich mit Erfolg. So rühmte sich bereits die sozial-liberale Regierungskoalition 1976 in einer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion, sie habe "intensiv daran mitgewirkt, daß der Genfer informelle Verhandlungstext, der noch vom Monopol der Behörde ausging, jetzt in Richtung auf ein unsere Interessen stärker berücksichtigendes Mischsystem verbessert wurde". Bei diesem könnten sich "Staaten oder Unternehmen der Staats- oder Privatwirtschaft" betätigen - "aufgrund von Lizenzen, die die internationale Meeresboden-Behörde vergibt".[5]

Meeresboden-Behörde unter Einfluss

Der Bundesrepublik ist es über die Jahre gelungen, sich Einfluss auf die Meeresboden-Behörde zu sichern. Seit Februar 2015 sitzt Christian Reichert von der BGR der Rechts- und Fachkommission der IMB vor. Dieser Ausschuss ist zur Zeit mit der heikelsten und folgenreichsten Aufgabe der Agentur befasst: Er arbeitet die Regularien für den bevorstehenden kommerziellen Abbau der Rohstoffe aus. Entsprechend zufrieden zeigte sich das Bundeswirtschaftsministerium über Reicherts Ernennung: Sie unterstreiche die deutschen Aktivitäten in der Behörde.[6]

Die ganze Wertschöpfungskette

Maritime Technik, wie sie beim Tiefsee-Bergbau zum Einsatz kommt, bieten heute rund 500 bundesdeutsche Unternehmen an. Sie stellen etwa Meeresboden-Bohrgeräte, Manganknollen-Kollektoren, Mess-Systeme oder Tauch-Roboter her. Laut dem Branchenverband "Deep Sea Mining Alliance" (DSMA) kann die Industrie die ganze Wertschöpfungskette abbilden - von Explorations-, Abbau- und Fördertechnologien über Know-how zur Aufbereitung und Verhüttung bis hin zu Expertisen zum Umwelt-Monitoring. Dabei begreift die DSMA explizit auch Forschungseinrichtungen als Glied dieser Kette.[7] Einigen der Firmen gelang es bereits, für das "Solwara 1 Project" des kanadischen Nautilus-Konzerns - dabei handelt es sich um die erste kommerzielle Tiefseebergbau-Unternehmung - Großaufträge zu erhalten. Siemens stattet ein Spezialschiff mit Generatoren, Motoren, Transformatoren und anderem technischen Equipment aus; die Norddeutschen Seekabel-Werke liefern Versorgungskabel. Ursprünglich wollte Nautilus das gesamte Schiff im Rahmen eines Joint Ventures zusammen mit einer Bremer Reederei bauen, die allerdings pleite ging - einer von vielen Gründen dafür, dass sich der Start von "Solwara 1" immer wieder verzögert hat. Inzwischen ist er für 2018 anberaunt.

Ökologische Folgen

Die bundesdeutschen Firmen wollen sich beim Tiefsee-Bergbau vor allem als Anbieter "nachhaltiger" Lösungen etablieren. "Sollte es Deutschland gelingen, die umweltschonende Förderung von marinen Rohstoffen in einem wirtschaftlichen Gesamtprozess abzubilden und eventuell sogar die Technologie-Führerschaft zu erlangen, würde das der deutschen Industrie im internationalen Wettbewerb um Rohstoffe zu einer besonderen Stellung verhelfen", erklärt der "Bundesverband der deutschen Industrie" (BDI).[8] Allerdings gibt es keine Verfahren, die ohne Auswirkungen auf die marinen Lebensräume bleiben. So erwarten Forscher etwa vom Manganknollen-Abbau eine Schädigung der Fauna auf dem Meeresgrund in großem Ausmaß: Bei einer Förderquote von zwei Millionen Tonnen pro Jahr beträgt der Flächenfraß rund 200 Quadratkilometer. Die Biotope regenerieren sich zwar wieder, aber nur über lange Zeiträume hinweg und zudem in veränderter Zusammensetzung der Arten. Eine zusätzliche Belastung für die Tiere und Pflanzen stellen die durch den Abbau der Rohstoffe entstehenden Sedimentwolken und die Schadstoffe dar, die Schiffe und Plattformen produzieren. Während Verbände wie "Brot für die Welt", Greenpeace und "Medico International" deshalb ein Moratorium für den Tiefsee-Bergbau fordern, sieht die Meerestechnologie-Branche die Notwendigkeit, "durch ein gezieltes Marketing" zu versuchen, der "Bevölkerung ihre Skepsis gegenüber dem Tiefsee-Bergbau" zu nehmen.[9]

Konflikt-Potenzial

Darüber hinaus schließen Experten internationale Machtkämpfe um die Tiefsee-Rohstoffe nicht aus. Bereits 2012 hieß es in einer Buchpublikation, aus der weltweiten Konkurrenz um Manganknollen und andere Rohstoffe der Tiefsee könnten sich gravierende Konflikte entwickeln (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Die Gefahr ist mit Sicherheit nicht gebannt.

[1] Startschuss für weitere exklusive Erkundung von Rohstoffen in der Tiefsee. www.bmwi.de 06.05.2015.

[2] Hermannus Pfeiffer: Was sucht Deutschland auf dem Meeresboden? www.badische-zeitung.de 06.03.2014.

[3] BGR-Wissenschaftler kehren von Manganknollen-Expedition zurück. Eine Million Tonnen Wertmetalle im Pazifik entdeckt. www.bgr.bund.de 26.06.2014.

[4] Andreas Rinke, Christian Schwägerl: Der Kampf um das 17. Bundesland. www.cicero.de 23.09.2012.

[5] Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Drucksache 7/5455 vom 23.06.1976.

[6] Deutscher BGR-Wissenschaftler leitet Rechts- und Fachkommission der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB). www.bgr.bund.de 19.02.2015.

[7] Stand der Aktivitäten im Tiefsee-Bergbau in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Umwelt-Aspekten. www.bsh.de.

[8] Tiefsee-Bergbau. Unkalkulierbares Risiko für Mensch und Natur. www.misereor.de, Mai 2015.

[9] Potenziale des Tiefsee-Bergbaus. www.vdma.org. Zitiert nach AK Rohstoffe-Newsletter/September 2014.

[10] S. dazu [Die Trüffel der Tiefsee](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com